UND SONST

Vorzeitiger Rücktritt

PHILIPP NIEDERBERGER Der Landrat genehmigt mit 41 zu 6 Stimmen den vorzeitigen Rücktritt des Hergiswiler CVP-Landrats Philipp Niederberger rückwirkend per Mitte November 2014.

Beitritt zur IVSE

VEREINBARUNG Mit 56 Stimmen sagt das Parlament Ja zum Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE). Die Vereinbarung ist ein verbindliches Regelwerk für das Kostengutsprache- und Abrechnungsverfahren bei interkantonalen Heimplatzierungen. Da die IVSE nicht nur eine Verwaltungsvereinbarung ist, sondern ein interkantonaler Vertrag mit rechtsetzendem Inhalt, obliegt es dem Landrat, den Beitritt zu genehmigen.

Konkordats-Beitritt

HOCHSCHULE Ebenfalls mit 56 Ja genehmigt der Landrat den Beitritt zum Hochschulkonkordat. Damit sichert sich Nidwalden eine – wenn auch marginale – Mitsprache in der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Im Rat war man von der Wichtigkeit überzeugt, dass sich auch Nichtuniversitätskantone in der Hochschulkonferenz einbringen und so ihre Interessen vertreten.

«Ich möchte in dem Saal an die Vernunft aller Männer appellieren – Frauen haben Vernunft.»

Therese Rotzer (CVP, Ennetbürgen) in ihrem Votum zum Zusatzkredit für die Sanierung der Bahnübergänge – nach der Feststellung, dass das Thema offenbar Männersache sei, da sich vor ihr noch keine Frau geäussert habe.

SPRÜCHE DES TAGES

«Es ist nicht verboten, sich einigermassen kurzzufassen.»

Der Appell von Landratspräsident **Walter Odermatt** (SVP, Stans) vor der Detailberatung des Budgets 2015 fruchtete nur bedingt. Die Debatte nahm über drei Stunden in Anspruch.

«Die Grüne/SP-Fraktion ist für die Regierung – also natürlich nur bei diesem Antrag.»

Leo Amstutz (Grüne, Beckenried) korrigierte den Schlusssatz seines Votums prompt, als er bemerkte, er könnte damit scheinbar nicht vorhandene Sympathien für die Regierung heraufbeschwören.

«Ich bitte Sie, die 5 Millionen zu genehmigen.»

Gesundheits- und Sozialdirektorin **Yvonne von Deschwanden** (FDP) war nach dem Zank um die Neuanschaffung eines Wagens für das Amt für Asyl und Flüchtlinge offenbar etwas verwirrt. In Wirklichkeit ging es «nur» um 50 000 Franken.

Polizei erhält sechs Stellen

NIDWALDEN Das Budget des Kantons rechnet mit roten Zahlen. Dennoch wird das Polizeikorps aufgestockt. Vorerst aber nur mit sechs statt zehn Stellen.

OLIVER MATTMANN
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

«Wir müssen uns damit abfinden, über eine Steuererhöhung zu diskutieren.»

ALFRED BOSSARD, FINANZDIREKTOR

«Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht ins eigene Bein schiessen.»

MARTIN ZIMMERMANN, SVP

Der Nidwaldner Polizeikommandant Jürg Wobmann kann aufatmen. Zumindest teilweise. Der Landrat hat in der gestrigen Beratung des Budgets eine erste Aufstockung des Polizeikorps um sechs Stellen für 510 000 Franken beschlossen. Das Kantonsparlament folgte damit einem Antrag der Finanzkommission, die eine Etappierung verlangt und nach zwei Jahren über eine weitere Tranche von vier neuen Polizisten für 340 000 Franken abstimmen lassen will. Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser (CVP) hatte dafür plädiert, die zehn Stellen aufs Mal zu sprechen. Der Bedarf sei ausgewiesen. «Die Zahl ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern basiert auf einer fundierten Analyse», sagte Kayser. Die Aufstockung sei nicht mehr ‹nice to have› (schön zu haben), sondern ‹need to have› (notwendig).

Vermehrte Polizeipräsenz erwünscht

Dass die Polizei mehr Personal benötigt, war unbestritten. Es sei schon länger «Not am Manne», sagte Joseph Niederberger (CVP, Oberdorf). «Wenn wir Ruhe, Sicherheit und Ordnung haben wollen, müssen wir auch die Mittel dafür zur Verfügung stellen.» Mehrmals wurde erwähnt, dass Nidwalden gemessen an der Bevölkerung das kleinste Polizeikorps der Schweiz habe, dessen Arbeitslast und Überstunden stetig anstiegen. Dies führe zu einer hohen Fluktuation und einem Verlust von Know-how. Beatrice Richard-Ruf (FDP, Stans) ergänzte: «Es wäre von Vorteil, wenn die Polizei wieder vermehrt Präsenz zeigen könnte.» Dies sei aber nur mit mehr Leuten möglich. Dagegen hatte Therese Rotzer (CVP, Ennetbürgen) nichts einzuwenden, nur sprach sie sich für eine «massvolle Aufstockung» aus. «Wir setzen ein Zeichen, dass die weiteren Stellen nur dann geschaffen werden, wenn es zwingend ist.» Erich von Holzen (FDP, Ennetbürgen) pflichtete ihr bei: «Wir nehmen grundsätzlich nichts weg, sondern machen eine Aufteilung in Etappen.» Der Antrag der Finanzkommission wurde mit 37 zu 17 Stimmen angenommen.

Aussichten bleiben düster

Obschon Karin Kayser die zehn Stellen nicht in einem Paket durchbrachte, hatte ihre Aussage, dass «es in der Zeit von Sparrunden nicht selbstverständlich ist, über Leistungsauftragserweiterungen zu diskutieren», Symbolcharakter für die gestrige Budgetdebatte. Dies ist bei einem prognostizierten Minus von 12 Millionen Franken und ebenso düsteren Aussichten für die Folgejahre nicht weiter verwunderlich, selbst wenn einige Streichungsanträge (siehe Kasten) noch zu einer leichten Verbesserung beitragen könnten. «Nach den fetten erwarten uns magere Jahre», sagte Finanzdirektor Alfred Bossard (FDP). Das seit geraumer Zeit anhaltende strukturelle Defizit des Kantons sei eine «beunruhigende Situation». Nur noch Kosmetik zu betreiben, reiche in Zukunft nicht mehr. So ist gegenwärtig ein Massnahmenpaket aufgegleist mit der Aussicht auf Einsparungen von 3 Millionen. Dies wird aber nur bedingt Linderung bringen. «Wir müssen uns damit abfinden, über eine Steuererhöhung auf 2016 zu diskutieren», so Bossard.

Diese Ankündigung rief Martin Zimmermann (SVP, Ennetbürgen) auf den Plan. «Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht ins eigene Bein schiessen.» Sollten deswegen einige gute Steuerzahler abspringen, werde dies dem Kanton sehr wehtun. Bloss: Auf andere Art Einnahmen zu generieren oder bei den Ausgaben zu sparen, ist offenbar alles andere als einfach. Eine Patentlösung konnte niemand präsentieren. «Nidwalden läuft schon länger im Sparmodus, es herrscht kein Schlendrian», so Therese Rotzer. Im Prinzip könnte der Kanton eine Schuldenwirtschaft betreiben, um die Defizite zu tilgen, doch dies sei keine Option. Erich von Holzen hat alle Leistungen des Kantons hinterfragt, und er ist zum Schluss gekommen, «dass weitere Sparmassnahmen schwierig sind».

Vielfach war gestern zu hören, das finanzielle Übel liege vor allem an externen Faktoren, auf die man nur wenig bis keinen Einfluss nehmen könne: der laufend höhere Beitrag in den Nationalen Finanzausgleich, das Ausbleiben von Nationalbankbeiträgen und die zunehmenden Kosten im Gesundheitswesen. Deshalb wurde das bereinigte Budget trotz negativem Ergebnis am Ende ohne Gegenstimme angenommen.

Mehrstündiges Streichkonzert

ANTRÄGE om. Im Verlauf der Detailberatung des Budgets wurden mehrere Begehren vorgetragen. Nachfolgend eine Liste, über welche Punkte unter anderem gestritten wurde:

- **Flugplatz Buochs:** Leo Amstutz (Grüne, Beckenried) wollte die 80 000 Franken für das Flugplatzkonzept gestrichen haben. Baudirektor Hans Wicki versprach, dass die Regierung 2015 dem Landrat ein Konzept vorlegen werde, das Hand und Fuss habe, und brachte das Kantonsparlament damit klar auf seine Seite.
- **Neuanschaffung Fahrzeug:** Die 50 000 Franken für einen neuen Wagen für das Amt für Asyl und Flüchtlinge lösten eine Diskussion aus. Die SVP befand, es sei auch eine günstigere Variante (Mitsubishi statt VW) für 30 000 Franken vertretbar. Regierungsrätin Yvonne von Deschwanden verteidigte die Wahl mit dem verlässlichen Service vor Ort und dem höheren Eintauschwert des Autos, verlor letzten Endes aber den Kampf.
- **Radargeräte:** Die Polizei darf die in die Jahre gekommene mobile Radaranlage vorerst nicht ersetzen. Die 160 000 Franken wurden auf Antrag der Justiz- und Sicherheitskommission gestrichen. Die Anlage soll betrieben werden, bis sie das Zeitliche segnet, schlimmstenfalls könne übergangsweise ein Gerät angemietet werden. Dafür kam die Anschaffung eines neuen, semistationären Radargerätes für 240 000 Franken durch.
- **Polizeiboot:** Peter Waser (SVP, Buochs) konnte den Rat überzeugen, mit der für 185 000 Franken veranschlagten Generalüberholung des Bootes zuzuwarten und diesen Betrag im nächsten Jahr der Summe für eine Neuanschaffung gegenüberzustellen.
- **Gemeinwirtschaftliche Leistungen beim Kantonsspital:** Ein Minderheitsantrag der Finanzkommission, den Betrag fürs Spital von 4,75 Millionen um 250 000 Franken zu senken, fand bei den Landräten kein Gehör.

Zudem wies der Landrat den **Finanzplan 2016/17** der Regierung zurück mit dem Auftrag, weitere Verbesserungen für den Finanzhaushalt anzustreben.

Die Schuleingangsstufe bleibt umstritten

NIDWALDEN Der Landrat überlässt die Wahl der Schuleingangsstufe den Gemeinden. Die SVP will nun das Stimmvolk entscheiden lassen.

Nach dem Willen das Landrats ist der Kindergarten eines von drei möglichen Modellen für die Schuleingangsstufe.
Keystone/Georgios Kefalas

Der Landrat setzte sich gestern in zweiter Lesung mit einer Teilrevision des Volksschulgesetzes auseinander. Die Änderung will den Gemeinden die Wahlfreiheit darüber lassen, wie sie ihre Schuleingangsstufe gestalten wollen. Der Regierungsrat schlägt neben dem zweijährigen Kindergarten auch eine dreijährige Grundstufe sowie eine vierjährige Basisstufe vor. Der Gesetzesänderung liegt eine Motion aus dem Landrat zu Grunde.

«Die SVP lehnt diese Änderung vollumfänglich ab», sagte der Stanser Landrat Peter Wyss in seinem Votum. Die Partei stütze den Volksentscheid aus dem Jahr 2009, wo sich die Nidwaldner mit ihrem Nein zur Harmos-Vorlage für das bewährte Kindergarten-Modell entschieden hätten.

«Zwängerei und überflüssig»

Die SVP sei dagegen, dass mit der Teilrevision eine Reform- und Umstrukturierungsflut in den Gemeinden ausgelöst werde. Anpassungen der Schuleingangsstufe würden zudem zu höheren Kosten für die Gemeinden führen. Insellösungen seien zu vermeiden. Das «Jekami» beim Schuleintritt passiere auf Kosten der Kinder. Selbst bei einem Umzug innerhalb des Kantons könne eine Familie auf unterschiedliche Systeme stossen.

«Das ist eine Zwängerei und überflüssig», bekräftigte Wyss und kündigte für den Fall der Genehmigung der Vorlage an, dass die SVP das Referendum ergreifen werde. Es gehe nicht an, dass Harmos über die Hintertüre eingeführt werde.

Die Fraktionen der Grünen/SP und der CVP signalisierten Zustimmung zur Teilrevision. Werner Küttel (Grüne, Buochs) brachte den Antrag ein, bei zweiklassigen Kindergärten die Schülerzahl auf 12 bis 20 anstelle von 17 bis 24 festzulegen – genau so wie bei den zweiklassigen Abteilungen in der Primarschule. Verschiedene Gemeinden hätten sich in der Vernehmlassung ebenfalls für diese Korrektur ausgesprochen. Die Anforderungen für die Lehrpersonen seien in einem zweiklassigen Kindergarten fast noch grösser als in der Schule. Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) hielt fest, dass die Spanne ausreichend sei. Zudem sei in der Verordnung festgehalten, dass sowohl nach oben wie auch nach unten Ausnahmen möglich seien. Küttels Antrag wurde mit 35 zu 15 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung passierte die Gesetzesrevision mit 42 Ja zu 12 Nein.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Kesb funktioniert gut in Nidwalden

LANDRAT mu. Die Kesb in Nidwalden sei zwar stark gefordert, doch sei der Regierungsrat der Meinung, dass die Behörde gut funktioniere und arbeite. Das sagte Gesundheits- und Sozialdirektorin Yvonne von Deschwanden gestern in der Antwort auf ein einfaches Auskunftsbegehren von Joseph Niederberger (CVP, Oberdorf). Wie in der ganzen Schweiz, so habe es auch in Nidwalden eine Standortfindung gebraucht und auch personelle Fluktuationen gegeben. Ein Projekt dieser Grössenordnung erfordere drei bis fünf Jahre, bis ein Normalbetrieb erreicht sei.

Noch keine genauen Angaben kann die Regierungsrätin zur Kostenentwicklung bei den angeordneten Massnahmen machen. Nach noch nicht einmal zwei Jahren liege noch zu wenig statistisches Zahlenmaterial vor. Ein markanter Anstieg gegenüber den Vorjahren könne jedoch nicht verzeichnet werden.